



Die Arbeiterrundfunkbewegung der Weimarer Republik

Bei einem Blick in die Rundfunkgeschichte der Weimarer Republik stellt sich schnell die Frage, welche Auswirkungen die damaligen gesellschaftlichen Unterschiede auf die Verbreitung des Rundfunks in seiner Anfangszeit hatten. Auch die politische Entwicklung nach dem Ende des 1. Weltkrieges und der Übergang von der Monarchie zur Republik mit all ihren Schwierigkeiten hatte darauf Einfluss. So verwundert es nicht, dass mit der beginnenden versuchten Emanzipation sozial benachteiligter Schichten sich auch eine Arbeiterradiobewegung herausbildete. Ausgangspunkt dieser Betrachtung ist der stete Wandel des Rundfunks in seinen Anfangsjahren, in seiner Findungsphase.

Bereits vor dem Beginn des Unterhaltungsrundfunks Oktober 1923 in Berlin gab es Versuche u.a. aus Kreisen der Arbeiterschaft, Einfluss auf die Verbreitung von Nachrichten zu nehmen, so wurden im Rahmen des „Funkerspuks“ am 9. November 1918 Stellen des Pressenachrichtenwesens durch Gruppen von Arbeitern und Soldaten besetzt, was letztendlich zu einer verschärften Kontrolle des Funkwesens führte. Be-

reits im April 1923 – also ein halbes Jahr vor dem Beginn des Unterhaltungsrundfunks – wurde in Berlin der erste „Radioklub“ gegründet, eine Vereinigung von Bastlern und Tüftlern, dem bald weitere Klubs folgten. Bereits kurz danach gab es mit den „Bastelbriefen der Drahtlosen“ ein Monatsblatt zum Selbstbau von Radios, das inhaltlich auf die Radiobegeisterung der bürgerlichen Schichten ausgerichtet war.

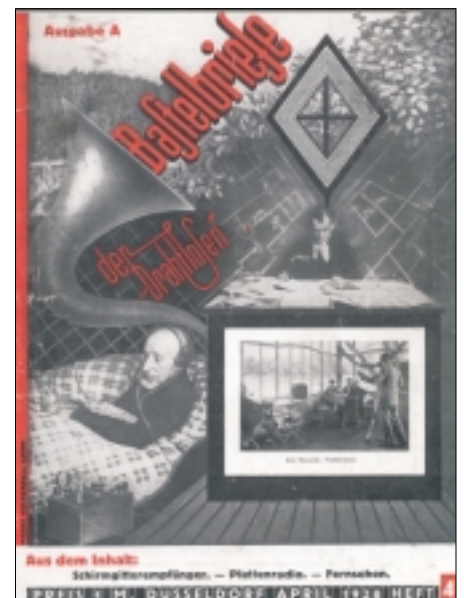
Anders als für die Landbevölkerung war der Rundfunk jedoch von Anfang an für die Arbeiterschaft interessant, da sich diese Schichten auf die Städte konzentrierten – so wurden am 1. April 1927 (für Detektorempfang) flächenmäßig nur 1,37% des Reichsgebiets durch den Rundfunk versorgt, dabei aber 31,4% der Bevölkerung erreicht, bei den Arbeitern theoretisch sogar 42,7%. Es entwickelte sich ein großes Interesse am Rundfunk, der jedoch mit seiner Entstehung in wirtschaftlich schwierige Zeiten fiel – nicht jeder konnte sich ein Radio leisten, was für die Arbeiterschaft noch weit eher zutraf als für bürgerliche Kreise. So ist es nicht verwunderlich, dass sich eine große Selbstbaubewegung (heute würde man „DIY“ sagen...) bildete. Diese vollzog sich

jedoch nach politisch-gesellschaftlichen Standpunkten getrennt.

Für die Arbeiterschaft begann dies bereits im März 1924 mit einem Aufruf durch Gewerkschafter zur Gründung eines Arbeiterradiovereins in der SPD-Zeitschrift „Vorwärts“. Die Zielsetzung war mannigfaltig: Unterstützung zum Selbstbau von Radios (aus Kostengründen), Einfluss auf das (bürgerlich dominierte) Rundfunkprogramm, Stimme für die Arbeiterschaft, Nutzung als Bildungsmedium. Die Schwerpunkte waren also technische wie auch politische Arbeit.

Im April 1924 wurde in Berlin der „Arbeiter-Radio-Klub“ (ARK) als Zusammenschluss von Bastelgruppen gegründet. An der Gründungsversammlung nahmen etwa 3000 (!) Arbeiter teil. Bereits im September 1924 gab es in Leipzig eine „Arbeiter-Funk-Ausstellung“, vor allem mit selbst gebauten Geräten.

Eines der Ziele des Arbeiter-Radioklubs war, durch eine starke Organisation Einfluss auf die bürgerlich dominierten Rundfunkprogramme zu nehmen, was prompt zu Schwierigkeiten mit dem „Rundfunkkartell“ als Dachorganisation aller Vereine von Radiobastlern (die so genannte „Audion-Versuchserlaubnis“ wurde über das Radiokartell erteilt) – der ARK verstand sich als „Zusammenschluss aller am Rundfunkwesen Interessierten aus den Kreisen der werktätigen Bevölkerung“, wurde daher als „Standesorganisation“ angesehen und konnte deshalb nicht gemeinsam mit anderen „unpolitischen“ Bastelvereinen Mitglied im Funkkartell sein. Demnach durften Empfangsgeräte zwar gebaut, aber nicht benutzt werden. Wurden selbstgebaute Geräte



Titel der Zeitschrift „Bastelbriefe der Drahtlosen“ (1928).

Bild oben: Detektorempfänger. Foto: „Stahlkocher“ via Wikimedia.

dennoch ohne Erlaubnis benutzt, erfolgte nicht selten Beschlagnahme durch die Postverwaltung. Erst mit dem Wegfall der Audion-Versuchserlaubnis ab dem 1. September 1925 hörte die Verfolgung auf. Trotzdem wurde der Arbeiter-Radio-Klub weiter argwöhnisch beobachtet. So ist für Berlin 1925 eine Zahl von ca. 4000 aktiven Radiobastlern aus der Arbeiterschicht überliefert – festgestellt von der Berliner Politischen Polizei – also das, was heute die Staatsschutzkommissariate sind.

Trotzdem wuchs die Arbeiterradiobewegung weiter, 1928 bei der Umbenennung in Arbeiter-Radio-Bund Deutschland (ARBD) waren es bereits über 8000 Mitglieder in ca. 150 Ortsgruppen (deren Anzahl bis 1932 auf etwa 250 anstieg). Allerdings ist zweifelhaft, ob hier bereits von einer Massenwirkung gesprochen werden kann, denn im gleichen Jahr betrug die Auflage aller Radiozeitschriften nach Feststellungen der Reichsrundfunkgesellschaft 2,5 Mio. Exemplare.

Parallel zu der Arbeit in den Bastelklubs gab es aus den Bereichen der Arbeiterschaft die Forderung nach einem Arbeiter-Rundfunksender. „Vorbild“ dafür waren die Gewerkschaftssender in Moskau, Österreich und Chicago. Hans Bredow als Rundfunkkommissar war dem zwar nicht abgeneigt, scheiterte jedoch im Reichspostministerium – dort wurde die Arbeiter-Radio-Bewegung als „Teil einer internationalen bolschewistischen Verschwörung“ eingestuft. Mit dieser „Gefährdung der inneren Sicherheit“ war das Thema Arbeitersender erledigt.

Mit der ersten Rundfunkordnung der Weimarer Republik 1926 wurden politische Überwachungsausschüsse und Kulturbeiräte eingeführt. Gemäßigte Vertreter der Arbeiterradiobewegung erhofften sich über SPD-Vertreter in den Kulturbeiräten einen „arbeitergerechten“ Einfluss auf das Programm. Dieser blieb jedoch oft in klischeehaften Programmen stecken („Handarbeiter – Kopfarbeiter“, „Wie steht der Arbeiter zum Vaterland?“, „Wir erwerbstätigen Frauen“), zudem machten Sendungen mit arbeiterbezogenen Inhalten im Durchschnitt nicht mehr als 1,5% der täglichen Sendezeit aus, die noch dazu von den etablierten (bürgerlichen) Programmachern gestaltet wurden.

Die politischen Zerwürfnisse der Arbeiterschicht Ende der 20er Jahre gingen auch an der Arbeiterradiobewegung nicht spurlos vorbei. Zur Reichstagswahl 1928 veröffentlichte der ARBD einen 12 Punkte umfassenden Forderungskatalog, den die SPD aufgriff, nur um den ersten Punkt (Senkung der Rundfunkgebühren um die Hälfte) mit

Blick auf die Reichsfinanzen gleich wieder aufzugeben.

Der sich verschärfende Ton zwischen SPD und KPD führte auch zu Streit in der Arbeiterradiobewegung. Die KPD propagierte „Radio Moskau“, die SPD Mitarbeit in den Kulturbeiräten – in einem bereits etablierten System. Der 1. Mai 1929 – der „Blutmai“ in Berlin mit seinem sozialdemokratischen Polizeipräsidenten, der auf demonstrierende Arbeiter schießen ließ (33 Tote), führte zum endgültigen Bruch der Arbeiterbewegung. Der KPD-nahe „Freie Radio-Bund Deutschlands“ (FRBD) wurde gegründet. Er hielt an Forderungen nach einem Arbeitersender fest, während der ARBD mit Sitz und Stimme in Kulturbeiräten etabliert war. Hierbei geriet er zunehmend in Konflikt, z.B.

auch mit dem damaligen preußischen Innenminister Severing (SPD) und dessen Zensurplänen. Der FDRB reklamierte den Alleinvertretungsanspruch der Arbeiterinteressen für sich und führte Agitationsveranstaltungen durch, der ARBD forderte Tanzkurse für seine Mitglieder.

Mit diesem Bruch begann der Niedergang der Arbeiterradiobewegung. 1932 häuften sich die Zensurfälle, in denen Arbeiterinhalte gestrichen wurden (das betraf auch die „Dreigroschenoper“ von Brecht), während z.B. der NS-Ideologe Federer ungehemmt seine Propaganda auch im Rundfunk verbreiten konnte. Im gleichen Jahr gingen mit der Zweiten Rundfunkordnung die Rundfunkgesellschaften zu 100% in Staatsbesitz über. Mit der Machtübernahme der Nationalsozialisten am 30. Januar 1933 war das Ende der organisierten Arbeiterradiobewegung besiegelt: Bei der Zerschlagung der KPD am 26. Februar 1933 wurde auch der FDRB zerschlagen; mit dem Verbot der SPD im Juli 1933 endete auch die Existenz des Arbeiter-Radio-Bunds Deutschland. Die Idee eines „Rundfunks für alle“ wurde zwar im Nationalsozialismus mit dem Volksempfänger fortgeführt, war aber mangels Fernempfang (kein „Radio Moskau“) eigentlich nicht „arbeitertauglich“.



Die Geschichte der Arbeiterradiobewegung endete damit bereits knapp 10 Jahre nach ihrem Beginn. Als Fazit lässt sich feststellen, dass die fehlende Einigkeit eine eigenständige erfolgreiche Kulturarbeit verhinderte, es im Spannungsfeld Kultur – politische Arbeit nur zu wenigen Arbeitersendungen kam und letztendlich der ARBD zum Bastel- und Feierabendverein verkam. „Erfolgreich“ kann man eigentlich nur zwei Punkte nennen: Ein zunehmendes Bewusstsein für Probleme der Arbeiterschaft und deren Beiträge zur pluralistischen Meinungsbildung, wobei letztere mit dem Beginn des Nationalsozialismus obsolet waren.

Joachim von Geisau

Info

⇒ Der Autor, Jahrgang 1963, hauptberuflich an einer Hochschule tätig und seit 40 Jahren Kurzwellenhörer und Funkamatuer, forscht seit mehreren Jahren zu Randgebieten der Rundfunkgeschichte. Er ist Referent des RadioMuseums Köln und zeichnet dort für das Vortragsprogramm verantwortlich.